

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Samstag, 9. Juli 1966

Blatt 2167

Wirtschaftskundliche Woche für Wiener Lehrer erfolgreich beendet
=====

9. Juli (RK) An den letzten beiden Tagen der wirtschaftskundlichen Woche, die das Pädagogische Institut der Stadt Wien und die Zentralsparkasse für rund 200 Wiener und steirische Lehrer in Leoben durchführte, sprachen der Rektor der Hochschule für Welthandel, Dr. Hans Krasensky, Vizebürgermeister Felix Slavik, der Rektor der Universität Graz, Professor Dr. Anton Tautscher, und Generaldirektor Dr. Josef Neubauer.

Rektor Krasensky erläuterte eine Bilanz und gab praktische Anleitungen, wie man die damit zusammenhängenden Probleme einem Schüler erklären könnte. Vizebürgermeister Slavik zeigte am Beispiel der Wiener Kommunalpolitik die gewaltige Bedeutung der Wirtschaft für das Leben des Einzelnen und damit die Notwendigkeit eines gegenwartsbezogenen Wirtschaftsunterrichtes in den Schulen. Der Generaldirektor der Zentralsparkasse, Dr. Neubauer, referierte Struktur, Aufgabenstellung und Bedeutung eines Kreditapparates, erläuterte die verschiedenen Arten von Geldinstituten und erklärte die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalmarktes.

Landesschulinspektor Dr. Hermann Schnell wies in seinem Schlußwort auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Wirtschaftserziehung in der industriellen Gesellschaft hin.

Die Vorträge der wirtschaftskundlichen Woche befaßten sich mit vielen Aspekten des Wirtschaftslebens: mit der Struktur der österreichischen Wirtschaft, mit dem Geld- und Kreditapparat, mit

./.

Fragen der Kommunalpolitik und schließlich mit der weltpolitischen Schicksalsfrage der freien Marktwirtschaft und der zentralen Verwaltungswirtschaft. Daneben gewannen die Teilnehmer in zahlreichen Betriebsbesichtigungen einen wichtigen Einblick in die Arbeitswelt des Raumes Leoben.

Nun ist es Aufgabe der Lehrer, die gewonnenen Erkenntnisse und Einsichten im Unterricht zu verwerten, die Auswahl der Stoffe nach der Fassungskraft der Schüler zu treffen und mit modernen Methoden den Schülern grundlegende Kenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge zu vermitteln. Das Ziel der wirtschaftlichen Bildung ist aber nicht nur die Einsicht in wirtschaftliche Grundfragen und wirtschaftliche Zusammenhänge. Vor allem soll die Jugend für wirtschaftliche Probleme interessiert und zu einer wirtschaftsethischen und damit staatsethischen Gesinnung erzogen werden.

Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat die Durchführung der wirtschaftskundlichen Woche in Leoben, die den Lehrern das Rüstzeug für das neue Unterrichtsfach "Wirtschaftskunde" vermitteln sollte, durch eine Subvention von rund 200.000 Schilling ermöglicht.

- - -

Führungen durch die Toulouse-Lautrec-Ausstellung

=====

9. Juli (RK) Wie in den vergangenen Wochen finden auch vom 11. bis 17. Juli Führungen durch die vom Kulturred der Stadt Wien veranstaltete Toulouse-Lautrec-Ausstellung im Österreichischen Museum für angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstraße 3, statt. Die einzelnen Termine für die unentgeltlichen Führungen:

Montag, 11. Juli, 18 Uhr (Dr. Lucia Gunz); Dienstag, 12. Juli, 18 Uhr (Dr. Erika Hellich); Mittwoch, 13. Juli, 10.30 Uhr (Dr. Elisabeth Mensa) und 18 Uhr (Dr. Lucia Gunz); Donnerstag, 14. Juli, 18 Uhr (Prof. Dr. Hugo Ellenberger); Freitag, 15. Juli, 18 Uhr (Dr. Hans Bisanz); Samstag, 16. Juli, 10.30 Uhr und 18 Uhr (Prof. Dr. Hugo Ellenberger); Sonntag, 17. Juli, 10.30 Uhr (Peter Haiko) und 18 Uhr (Prof. Dr. Hugo Ellenberger).

- - -

Die Radiorede des Bürgermeisters
=====

9. Juli (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien spricht morgen, Sonntag, den 10. Juli, um 19.45 Uhr in Ersten Programm Bürgermeister Bruno Marek mit dem Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die Tätigkeit des Wiener Gemeinderates im vergangenen Halbjahr, über Maßnahmen gegen die Erhöhung der Fleischpreise und - mit Abgeordneten Ing. Heinrich Scheibengraf - über Wiens Forderung nach einem eigenen Länderstudio.

- - -

Gesperret bis Sonntag, 10. Juli, 20 Uhr:

Bürgermeister Bruno Marek:

Wien im ersten Halbjahr 1966
=====

Maßnahmen gegen Erhöhung der Fleischpreise / Forderung nach einem eigenen Länderstudio

9. Juli (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach am Sonntag, den 10. Juli, Bürgermeister Bruno Marek mit dem Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die Tätigkeit des Wiener Gemeinderates im vergangenen Halbjahr, über Maßnahmen gegen die Erhöhung der Fleischpreise und - mit Abgeordneten Ing. Heinrich Scheibengraf - über Wiens Forderung nach einem eigenen Länderstudio.

Dr. Gerle: Am vergangenen Freitag fand die letzte Sitzung des Wiener Gemeinderates statt, in der wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Ich glaube, es dürfte unsere Hörer interessieren, einige erfreuliche Neuigkeiten zu erfahren, die diesen Beschlüssen zu verdanken sein werden.

Bgm. Marek: Gewiß kann ich viel Erfreuliches berichten, ich darf aber auch das Unerfreuliche nicht verschweigen. Am Ende der letzten Sitzung vor den Sommerferien des Wiener Gemeinderates habe ich einen kurzen Rückblick auf die im letzten Halbjahr ge-

leistete Arbeit gegeben. Ich bin der Meinung, daß die Öffentlichkeit mit der Arbeit im Wiener Gemeinderat viel zu wenig bekannt gemacht wird - vielleicht aus falscher Bescheidenheit. Tatsache ist jedenfalls, daß im Gemeinderat nach ausführlicher Beratung weit mehr als 350 Beschlüsse gefaßt wurden. Gewiß ist in manchen Fragen keine Übereinstimmung erzielt worden, aber ich möchte dennoch mit Befriedigung feststellen, daß sämtliche Redner ihre Standpunkte mit großer Sachkenntnis vertreten haben. Ich will nicht alle die kommunalpolitischen Errungenschaften aufzählen, die in Kindergärten, Schulen, Sportstätten, Wohnhäusern usw. ihren sichtbaren und bleibenden Ausdruck fanden. Ich glaube, daß sogar viele Wiener, wenn sie nach längerer Zeit einen von ihrem Wohnort entfernten Stadtteil besuchen, selber staunend vor Neubauten und Sozialeinrichtungen stehen. Insbesondere auf dem Gebiet der Fürsorge konnten weitere Fortschritte erzielt werden. Der 200. Kindergarten wurde eröffnet! Weitere folgten bereits. Ebenso wurden auch die Einrichtungen für unsere alten Mitbürger ausgestaltet und erweitert. Der Gemeinderat beschloß die Errichtung von fünf neuen Pensionistenklubs, die mit den bereits bestehenden 97 Klubs nun die beachtliche Zahl von 102 erreichen.

Zu unserer großen Freude konnten wir zu Beginn der diesjährigen Landaufenthaltsaktion den 35.000. Gemeindeurlauber begrüßen. Diese Aktion bietet arbeitenden Menschen oftmals zum ersten Mal in ihrem Leben die Möglichkeit, einen sorgenfreien Urlaub zu erleben.

Daß die Wiener heuer nicht mehr über mangelnde Trinkwasserversorgung Klage führen, ist auf die Leistung des Grundwasserwerkes Lobau zurückzuführen, das den Wienern täglich 50 Millionen Liter Wasser hervorragender Qualität zusätzlich zur Verfügung stellt.

Für die Wiener Wirtschaft ist die Weiterführung bestehender Kreditaktionen von eminenter Bedeutung. Sie geben ihr wichtige Impulse und tragen maßgeblich zur Erhaltung der Vollbeschäftigung bei. So hat der Gemeinderat neuerlich für die Instandsetzung von privaten Altwohnhäusern weitere 200 Millionen zur Verfügung gestellt.

Auf dem Gebiet des Wohnhausbaues wurde in der letzten Gemeinderatssitzung neben anderen Bauvorhaben die Errichtung eines neuen Stadtviertels beschlossen. Für die Erweiterung der Wohnhausanlage Per Albin Hansson-Siedlung-Ost sind in der ersten Etappe 1.134 Wohnungen vorgesehen. Die ganze Siedlung soll schließlich auf 5.000 Wohnungen erweitert werden. Insgesamt wurde in der Freitagsitzung der Bau von 1.750 Wohnungen beschlossen, die zu den bereits heuer begonnenen 2.273 kommen. Ebenso gehen unsere großen Verkehrsbauten weiter. Die Unterführung der Zweierlinie ist bereits so weit fortgeschritten, daß mit der Inbetriebnahme der ersten Unterpflasterstraßenbahn am 8. Oktober dieses Jahres gerechnet werden kann.

Der immer stärker anwachsende Verkehr wird - wie ich zuversichtlich hoffe - mit Hilfe einer modernen elektronischen Datenverarbeitungsanlage zur Zufriedenheit des Publikums geistert werden können.

Aber nicht allein auf wirtschaftlichen Gebiet wurde im ersten Halbjahr 1966 Ersprießliches geleistet. Die Gemeindeverwaltung blieb sich ihren Verpflichtungen auf den Sektor des Kulturlebens jederzeit bewußt. So konnte beispielsweise der Zinsenertrag der 50 Millionen-Hochschulstiftung in der Höhe von 2,4 Millionen der Wiener Universität und der Technischen Hochschule gleichermaßen für wissenschaftliche Forschungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Vor wenigen Tagen haben wir das Erholungszentrum Laxenburg - als Freizeitparadies für die Wiener und Niederösterreicher - eröffnen können, das gleichzeitig als ein Beispiel der Zusammenarbeit zweier Bundesländer gelten kann.

Dr. Gerle: Das ist sehr interessant. Eine längere Sommerpause wird nun den Gemeindefunktionären Gelegenheit zu einem erholsamen und verdienten Urlaub geben.

Bgn. Marek: Das ist nur bedingt richtig. So sehr ich Funktionären und Bediensteten diesen verdienten Urlaub von Herzen gönne, muß die Arbeit doch weitergehen. In den wöchentlichen Sitzungen des Stadtsenates werden auf Grund des Paragraph 99 der Verfassung der Stadt Wien die Gemeindegeschäfte weitergeführt. Allerdings bedürfen alle Beschlüsse des Stadtsenates der nach-

träglichen Genehmigung des Gemeinderates in der nächsten, in Herbst stattfindenden Sitzung.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, Sie sind doch berechtigt, gleichfalls Entscheidungen zu treffen!

Bgn. Marek: Gewiß, ich bin dazu berechtigt, in eigener Verantwortung Verfügungen zu treffen, wenn ohne Nachteil für die Sache damit nicht zugewartet werden kann. Ich habe aber solche Entscheidungen unverzüglich dem zuständigen Gemeindeorgan zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. Bemerken möchte ich, daß ich von dieser Ermächtigung nur in dringenden Notfällen Gebrauch mache. Der Paragraph 93 ist auch in den vergangenen 20 Jahren nur in wenigen Ausnahmesituationen angewandt worden.

Dr. Gerle: Die kurze Darstellung der Gemeindegearbeit ist äußerst interessant und erfreulich. Sie sagten allerdings, Herr Bürgermeister, daß Sie auch Unerfreuliches zu berichten hätten.

Marktbindung und Preiskontrollen

Bgn. Marek: Allen Wienerern ist bekannt, daß die Bewegung auf dem Freissektor Unwillens-Kundgebungen der arbeitenden Menschen ausgelöst hat. In den letzten Wochen erhielt ich hunderte Protest-Telegramme und Protest-Schreiben aus Betrieben. Auch viele Delegationen haben vorgesprochen, um von mir in meiner Eigenschaft als Landeshauptmann Maßnahmen zu fordern, die dem Absinken der Reallöhne Einhalt gebieten sollen. Ich habe den Vertrauensmännern der Bahn und der Großbetriebe versichert, daß ich mich zum Sprecher ihrer Anliegen mache. Allerdings vermag ich nur wenig Einfluß auf Entscheidungen zu nehmen, die in die Kompetenz des Bundes fallen.

Ich habe schon in meiner letzten Radio-Rede zur Disziplin aller Konsumenten und Produzenten aufgerufen, überdies die sogenannte Marktbindung verfügt, die - zeitlich begrenzt - zur Beruhigung der Marktlage beitragen wird. Die Marktantsdirektion berichtet, daß in meinem Auftrag Preiskontrollen in fast allen Fleischhauereien durchgeführt und erfreulicherweise nur 144 Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen das Preistreibereigesetz und 52 Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen das Preisregelungsgesetz erstattet wurden.

Dr. Gerle: So unerfreulich diese Erscheinungen sind, so erfreulich ist doch der bereits feststellbare Beitrag zur Marktberuhigung. Ich hoffe, Herr Bürgermeister, daß wir damit die unerfreulichen Neuigkeiten abschließen können.

Wien braucht ein eigenes Länderstudio!

Bgn. Marek: Keinesfalls! Wiederholt hat das Land Wien seinen Anspruch auf Errichtung eines Länderstudios angemeldet. Gestützt auf den Beschluß des Nationalrates von Juli 1965, der dieses Recht allen Ländern ausdrücklich zubilligt, wurde von den Mitgliedern des Hohen Hauses einstimmig das Eintreten für die Errichtung der Länder-Studios gefordert.

Liebe Hörerinnen und Hörer, um Sie über die Bedeutung dieser kompromißlosen Forderung des Landes Wien zu informieren, habe ich Herrn Abgeordneten Ing. Scheibengraf zu mir gebeten, der im Parlament als Sprecher der Sozialistischen Fraktion dieses Anliegen vertritt, obwohl er selber kein Wiener ist. Herr Abgeordneter, Sie waren bis vor kurzen Bürgermeister der bedeutenden Industriegemeinde Kapfenberg. Darf ich Sie daher bitten, unseren Hörerinnen und Hörern die Problematik dieses Themas zu erklären.

Abg. Ing. Scheibengraf: Selbstverständlich komme ich, Herr Bürgermeister, dieser Aufforderung gerne nach. Mit der Materie bin ich ja durch meine parlamentarische Tätigkeit bestens vertraut. Ich kenne auch die gerechtfertigte Forderung des Landes Wien nach Errichtung eines landeseigenen Studios, eine Forderung, die die sozialistischen Abgeordneten jederzeit aus drei Gründen gerne und mit Nachdruck unterstützt haben.

1. Wien hatte, wie allgemein bekannt, durch den Krieg die schwersten Schäden zu ertragen und litt auch am schwersten unter der Besetzung. Schon aus diesen Gründe finden wir sozialistischen Abgeordneten die bisherige Verhinderung der Errichtung eines Studios im Bundesland Wien als Akt der Ungerechtigkeit.

2. Wir beachten die Gebührenaufbringung der Rundfunk- und Fernsehteilnehmer im Bundesland Wien, wobei ich bemerke, daß in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland die Hälfte aller Österreicher wohnt und von ihnen auch über 50 Prozent der

Rundfunkgebühren entrichtet werden. Auch wir wollen in unserem Bundesland stets die Leistungen unserer Bürger anerkannt wissen. Dasselbe Recht steht den Bürgern Wiens zu. Aber auch die Mitarbeiter von Rundfunk und Fernsehen in Wien haben ein Recht darauf, in menschenwürdigen Räumen ihre Pflicht erfüllen zu können.

3. Der Nationalrat hat in seiner Sitzung am 15. Juli 1965 eine einstimmige EntschlieÙung gefaÙt, worin er zum Ausdruck bringt, daÙ die Bundesländer auf Antrag ihrer Landesregierungen die Errichtung und Führung von Landesstudios fordern können und diese zu errichten sind. Dieselbe EntschlieÙung weist auch auf die Bedeckungsvorsorge für die Durchführung hin. Es war für uns sozialistische Abgeordnete sehr enttäuschend, daÙ trotz unserem Drängen und unserer mehrmaligen Antragstellung die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei nicht bereit waren, die einstimmige Forderung des Hohen Hauses von 1965 diesmal im Gesetz zu verankern.

Zu meinem außerordentlichen Bedauern war auch am vergangenen Freitag im Hohen Hause - trotz nochmaliger Antragstellung der sozialistischen Abgeordneten - die ÖVP nicht bereit, den Antrag, wie er vorhin von mir beschrieben wurde, auch dem Bundesland Wien gesetzlich die Möglichkeit zur Errichtung eines eigenen Studios zu geben, zuzustimmen. Wir haben aus diesem Grunde eine namentliche Abstimmung beantragt. Es ist erschütternd, wenn man zu dieser für unsere Bundeshauptstadt so außerordentlich notwendigen Durchführung feststellen muß, daÙ wir Sozialisten der österreichischen Bundesländer gerne bereit waren, diesen Antrag zu unterstützen, während die eigenen Abgeordneten der ÖVP Wien diesen Antrag nicht unterstützten. Hätten sie dies getan, wäre heute dieser Antrag Gesetz!

Es wird sehr viel von Föderalismus gesprochen, von der Gleichberechtigung der Länder. Wenn es aber darum geht, Wien das gleiche Recht einzuräumen wie den übrigen Bundesländern, ist der Föderalismus ein Lippenbekenntnis und wird aus politischen Erwägungen verneint.

Dr. Gerle: Die Arbeit in öffentlichen Dienst bringt nicht nur Erfreuliches mit sich - verständlich, daÙ daher auch Un-

erfreuliches zur Sprache kommt. Hoffentlich kann in Verhandlungswege eine gedeihliche Lösung der offenen Fragen erzielt werden.

Bgm. Marek: Dem gilt mein aufrichtiges Bemühen, und ich bin überzeugt, daß es uns in gemeinsamer Arbeit auch gelingen wird, den besten Weg und die beste Lösung zu finden. Verehrte Hörerinnen und Hörer! Ich wünsche Ihnen und Ihren Familienangehörigen erholsame Urlaubstage. Auf Wiederhören am 18. September um die gleiche Zeit.

- - -

Erfolgreiche Kindergärtnerinnen

=====

9. Juli (RK) Vor einigen Tagen haben 22 Kindergartenhelferinnen, die seit drei Jahren in Kindertagesheimen der Stadt Wien arbeiten, die staatliche Kindergärtnerinnenprüfung mit Erfolg abgelegt.

Derzeit sind in den städtischen Kindertagesheimen 125 Kindergartenhelferinnen beschäftigt. Sie haben sich bei Eintritt ihres Dienstes verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren diese Prüfung abzulegen. Die Voraussetzungen hierfür erwerben sie durch Selbststudium, für das ihnen das Jugendamt der Stadt Wien durch eine Reihe von Kursen Lernhilfen gewährt. Auch im kommenden Jahr ist damit zu rechnen, daß sich wieder 22 Helferinnen qualifizieren. Derzeit laufen vier Vorbereitungskurse; ab dem Herbst dieses Jahres werden es fünf sein.

- - -

Richard Beer-Hofmann zum Gedenken

=====

9. Juli (RK) Auf den 11. Juli fällt der 100. Geburtstag des Dichters Dr. Richard Beer-Hofmann.

Er wurde in Wien geboren, studierte Rechtswissenschaften und widmete sich seit 1891 dem literarischen Schaffen. In den Zwanzigerjahren bearbeitete und inszenierte er Stücke für das Theater in der Josefstadt und für das Burgtheater, so "Iphigenie auf Tauris" von Goethe und den ersten und zweiten Teil des "Faust". 1939 mußte Beer-Hofmann emigrieren und ging nach Amerika, wo er bei Freunden Unterkunft fand und an verschiedenen amerikanischen Universitäten Gastvorlesungen hielt. Am 26. September 1945 ist er in New York gestorben.

Mit Hofmannsthal und Schnitzler eng befreundet, begann Richard Beer-Hofmann seine Werke im Geist der von Bahr geführten Vereinigung "Jung-Wien", ging aber bald seinen eigenen Weg. Als er erkannte, daß die Prosa nicht die ihm gemäße Darstellungsform war, wandte er sich dem Drama zu. 1904 erschien "Der Graf von Charolais", sein größter äußerer Erfolg. Richard Beer-Hofmann, der mit Theodor Herzl bekannt geworden war und die zionistische Bewegung vom Anfang an unterstützt hatte, ließ sich in seiner künstlerischen Arbeit immer mehr von der jüdischen Geistigkeit inspirieren. Bereits "Miriams Schlaflied" aus dem Jahre 1897 drückt aus, wie sehr ihn Vergangenheit und Zukunft des jüdischen Volkes beschäftigte. In der Folge wagte er sich an einen großen Vorwurf, der allerdings Fragment bleiben sollte, die Geschichte des Königs David. Der Dichter wollte in einem Vorspiel und einer Trilogie den Höhepunkt der jüdischen Geschichte gestalten. 1919 wurde das Vorspiel unter dem Titel "Jaakobs Traum" in Burgtheater aufgeführt und erweckte ein starkes Echo, wurde aber erst viel später richtig begriffen. In seinen späteren Jahren schrieb der Dichter fallweise auch Essays. Die schönste Frucht auf diesem Gebiet ist seine Gedenkrede auf Wolfgang Amadé Mozart. In der Emigration begann Richard Beer-Hofmann ein Erinnerungsbuch, das seiner Frau gewidmet ist. Es enthält Aufschlußreiches aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und läßt auch tief in sein eigenes Inneres blicken.